

Regieren zu dritt

Die standortpolitischen Folgen der Salzburger Landtagswahl 2013

Alexandra Siegl, Peter Hajek, Walter Osztovcics, Andreas Kovar

17. Juni 2013

Inhalt

Ergebnisse der Landtagswahl	2
Analyse der Kampagnen	5
Politische Szenarien	8
Ergebnisse für den Standort und Empfehlungen für Unternehmen	10

Alle nachfolgenden auf Personengruppen bezogenen Formulierungen verstehen sich als geschlechtsneutral.

Kovar & Köppl Public Affairs Consulting GmbH
1010 Wien, Dorotheergasse 7, Österreich
T: +43 (1) 522 9220, F: +43 (1) 522 92 20-22
office@publicaffairs.cc, www.publicaffairs.cc

Peter Hajek Public Opinion Strategies GmbH
1010 Wien, Dorotheergasse 7, Österreich
T: +43 (1) 513 2200, F: +43 (1) 513 2200-60
office@peterhajek.com, www.peterhajek.com

Ergebnisse der Landtagswahl

Eine Regierungskoalition aufzulösen und Neuwahlen auszurufen ist eine riskante Angelegenheit. Der „Es reicht“-Sager von ÖVP-Vizekanzler Wilhelm Molterer aus dem Juli 2008 ist da noch in guter Erinnerung. Molterer stand damals vor einer ähnlichen Entscheidung wie Wilfried Haslauer 2013: als Juniorpartner in einer Regierung mit der SPÖ und plötzlich in einer Situation, in der ein Wahlsieg möglich erscheint. Doch bis zur Wahl vergehen ein paar Monate, da kann viel passieren. Molterer verkalkulierte sich 2008, der erhoffte Wahlsieg blieb aus, im Gegenteil musste seine Partei schwere Verluste hinnehmen. Dementsprechend kritisch wurde Haslauers Reaktion nach Aufbrechen des Finanzskandals von politischen Kommentatoren bewertet. Die entscheidende Frage war, wem die Wähler schlussendlich den Finanzskandal anlasten würden: nur der SPÖ, die für das Finanzressort verantwortlich war, oder auch der mitregierenden ÖVP?

Wie der Wahltag zeigte, sahen die Salzburgerinnen und Salzburger beide Regierungsparteien dafür verantwortlich, die SPÖ aber noch stärker¹. Und damit verloren auch beide Parteien in beträchtlichem Ausmaß Stimmen, die SPÖ aber eben noch mehr. Somit landete die ÖVP trotz einem Minus von 7,5 Prozentpunkten mit 29% auf Platz 1 – Haslauers Entscheidung war also rückblickend die richtige.

Einen veritablen Absturz legte die SPÖ mit einem Minus von 15,6 Prozentpunkten hin, sie kam mit 23,8% nur knapp vor den Grünen zu liegen. Die Partei verlor in erster Linie enttäuschte Wähler an das Nichtwählerlager. Ganze 28% der SPÖ-Wähler von 2009 blieben diesmal zu Hause. Der zweite größere Stimmenabgang erfolgt in Richtung der Grünen, an diese gingen 11% der Wähler aus 2009 verloren². Der Finanzskandal wurde der Partei stark angelastet, der einzige Trumpf im Ärmel der Partei war unbeschadet aller Skandale die populäre Spitzenkandidatin Gabi Burgstaller – immerhin nach „Stammwähler“ das zweitwichtigste Wahlmotiv aus Sicht der SPÖ-Wähler³.

¹ Wahltagsbefragung Peter Hajek im Auftrag von ATV:

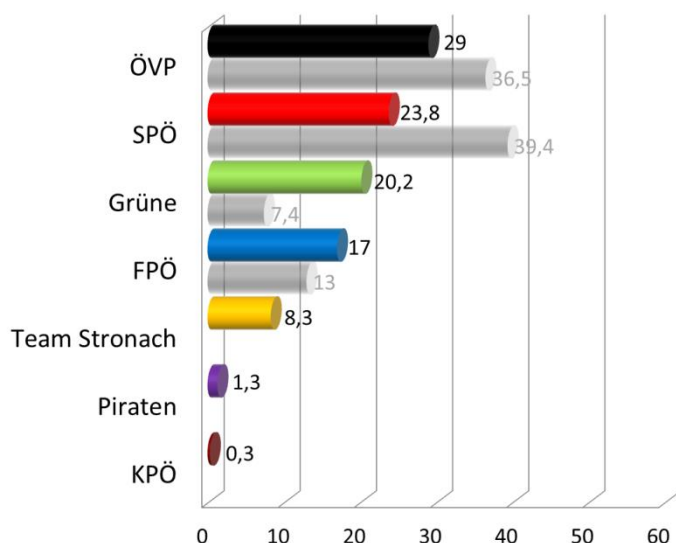
<http://www.peterhajek.com/media/pdf/Wahltagsbefragung%20Landtagswahl%20Salzburg.pdf>

² SORA Wählerstromanalyse:

<http://www.sora.at/themen/wahlverhalten/wahlanalysen/waehlerstromanalysen/ltw-sbg13.html>

³ Wahltagsbefragung Peter Hajek im Auftrag von ATV:

<http://www.peterhajek.com/media/pdf/Wahltagsbefragung%20Landtagswahl%20Salzburg.pdf>



Einen „Erdrutsch“-Zugewinn legten die Grünen mit 20,2% der Wählerstimmen und einem Plus von 12,8 Prozentpunkten hin. Die Partei konnte vor allem von SPÖ und ÖVP enttäuschte Wähler abziehen, 12% der SPÖ-Wähler und 14% der ÖVP-Wähler aus 2009⁴. Top-Wahlmotiv in der Wahltagsbefragung von Peter Hajek im Auftrag von ATV war „Themen/Inhalte/vertreten meine Werte“ (23% der spontanen Nennungen), auf Platz zwei liegt das Motiv „Arbeit im U-Ausschuss positiv“ mit 11% der Nennungen⁵. Das zeigt, dass die Arbeit im U-Ausschuss bzw. das Metathema „saubere Politik“ einen Einfluss auf das Ergebnis der Partei hatte, noch stärker war jedoch das Motiv, dass man der Partei inhaltlich bzw. auf der Werteebene nahesteht. Das Phänomen, dass viele Menschen in Umfragen angeben, mit den Inhalten der Grünen einverstanden zu sein, sie dann aber am Wahltag doch nicht wählen, wurde vor dem Hintergrund des Finanzskandals durchbrochen bzw. versetzte wohl einigen Grün-nahen Wählern den letzten Ruck, der Partei auch wirklich einmal die Stimme zu geben. Zudem konnte die relativ solide und sachlich wirkende Salzburger Spitzenkandidatin Rössler auch das Vertrauen von Wählern außerhalb der Grünen Stammwählerschaft gewinnen.

Dazugewinnen konnte auch die FPÖ, die 17% und ein Plus von 4 Prozentpunkten erreichte. Dass die Partei von der Proteststimmung im Zuge des Finanzskandals profitieren würde, war klar, sie musste sich die Zugewinne jedoch mit dem Team Stronach teilen, das im selben Wählerpool fischte und die Partei 15% ihrer Wähler aus 2009 kostete⁶.

⁴ SORA Wählerstromanalyse:

<http://www.sora.at/themen/wahlverhalten/wahlanalysen/waehlerstromanalysen/ltw-sbq13.html>

⁵ Wahltagsbefragung Peter Hajek im Auftrag von ATV:

<http://www.peterhajek.com/media/pdf/Wahltagsbefragung%20Landtagswahl%20Salzburg.pdf>

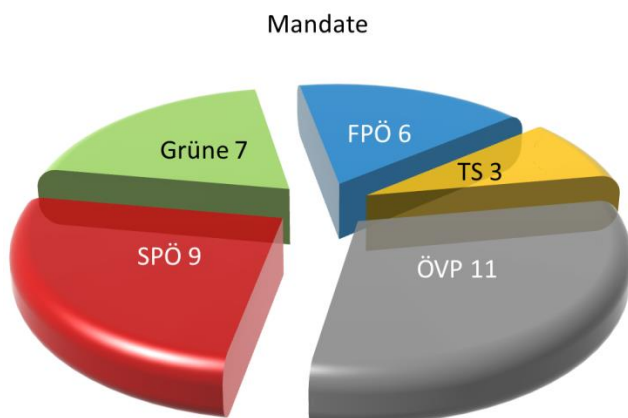
⁶ SORA Wählerstromanalyse:

<http://www.sora.at/themen/wahlverhalten/wahlanalysen/waehlerstromanalysen/ltw-sbq13.html>

Das Team Stronach erreichte 8,3% und schaffte damit einen soliden Einzug in den Landtag. Nach dem enttäuschenden Ergebnis in Tirol war dieser Erfolg in Hinblick auf die Nationalratswahl im Herbst für die neue Partei wichtig, um nicht den Eindruck einer politischen Eintagsfliege zu erwecken. Die Wählerschaft der Partei setzte sich in Salzburg vor allem aus ehemaligen Wählern von FPÖ (6.000 Wähler), ÖVP (5.000) und SPÖ (5.000) zusammen⁷.

Verpasst haben den Einzug in den Landtag die KPÖ mit 0,3% der Wählerstimmen, sowie einmal mehr die Piraten mit 1,3%.

Der Salzburger Landtag setzt sich nunmehr also aus elf Mandataren von der ÖVP, neun von der SPÖ, sieben von den Grünen, sechs von der FPÖ und drei aus dem Team Stronach zusammen. Eine Neuauflage der Rot-Schwarzen Koalition wäre arithmetisch möglich gewesen, wurde jedoch als „Koalition der Verlierer“ von beiden betroffenen Parteien abgelehnt – weder SPÖ noch ÖVP hätten eine solche Konstellation gegenüber ihren eigenen Funktionären rechtfertigen können. Das wochenlange Tauziehen um eine neue Regierung glich streckenweise einer komplizierten Schachpartie. So hatten die Grünen als größte Wahlgewinner sowohl von SPÖ als auch von ÖVP ein Angebot für eine Dreierkoalition unter Einschluss des Teams Stronach, lehnten aber lange Zeit beides ab, weil die Chefin der Grünen Astrid Rössler Schwierigkeiten hatte, die Zusammenarbeit mit dem Team Stronach vor ihren Parteikollegen zu rechtfertigen. Die Grünen hätten lieber Schwarz-Rot-Grün gehabt – das aber lehnten wieder SPÖ und ÖVP ab. Erst im Zuge längerer Verhandlungen setzte sich der pragmatische Standpunkt durch und führte zu der nunmehr abgesegneten Koalition, die zu ihrer eigenen Rechtfertigung mit einem sehr umfangreichen Arbeitsprogramm an den Start geht.



⁷ SORA Wählerstromanalyse:

<http://www.sora.at/themen/wahlverhalten/wahlanalysen/waehlerstromanalysen/lw-sbg13.html>

Analyse der Kampagnen

Die SPÖ Salzburg schnitt ihren Wahlkampf stark auf die populäre Landeshauptfrau Gabi Burgstaller zu. Strategisch die richtige Entscheidung, schließlich war Burgstaller für die SPÖ-Wähler auch das zweitwichtigste Wahlmotiv und das einzige Zugpferd in der Landespartei. Im Hinblick auf den Spekulationsskandal hatte die Partei seit Aufbrechen der Causa einen offensiven Kurs verfolgt: Fehler eingestehen, sich bei den Bürgern entschuldigen und „Aufräumen“, also die Fehler wieder gut zu machen versuchen. So lauteten auch die Wahlbotschaften auf den Plakaten „Wer den Menschen im Wort ist, läuft nicht davon“ oder „Ich kämpfe für das Vertrauen der Menschen“. Gleichzeitig wurde Negative Campaigning in Richtung ÖVP betrieben. Diese – so die Kommunikationslinie – habe nach Aufbrechen des Skandals aus rein taktischen Gründen auf Neuwahlen gedrängt, weil eine Rückgewinnung des Landeshauptmannsessels für die ÖVP in Reichweite war. „Gewinner dieser Wahl muss Salzburg sein!“ las man auf den Plakaten – Subtext: und nicht Wilfried Haslauer, der sich aus dem Skandal heraus auf Platz eins katapultieren will. Haslauer wurde als kühler Strategie dargestellt, der nur seinen eigenen Machtinteressen folgt, Burgstaller dahingegen als menschliche Politikerin, die ehrlich mit dem Skandal umgegangen ist. Grundsätzlich war die Kampagnenstrategie gut gewählt, und es gelang auch, die ÖVP im Lauf des Wahlkampfes immer näher an den Skandal zu rücken, und somit beide Regierungsparteien als Mitschuldige an den Spekulationsverlusten darzustellen. Letztlich konnte die Kampagne aber nicht mehr erreichen als Schadensbegrenzung. Jede andere Strategie hätte vermutlich noch größere Verluste bewirkt, etwa wenn die SP-Regierungsmitglieder ihre Verantwortung bestritten und sich als Opfer verantwortungsloser Beamter hingestellt hätten, oder wenn sich die SPÖ ein Duell der Schuldzuweisungen mit der ÖVP („Wer ist noch mehr schuld?“) geliefert hätte. Bei einem Skandal dieser Größenordnung, der noch dazu von allen anderen Parteien durchgehend thematisiert wird, wird eine Partei auch mit der besten Kampagne abgestraft.

Hingegen unternahm die ÖVP sehr wohl den Versuch, sich vom Finanzskandal abzugrenzen. Mit der Botschaft „Auf Salzburg schauen“ zielte sie auf eine Positionierung als solide, verlässliche Partei, die in bewegten Zeiten das Ruder führen kann. Wilfried Haslauer wurde dabei, wie schon im letzten Wahlkampf, in ein Team von Mitstreitern gestellt, eine Strategie, die meist bei Spitzenkandidaten mit geringerer Strahlkraft angewendet wird. Allerdings wirkte sich der Mangel an Charisma diesmal zum Vorteil Haslauers aus – in Zeiten von Skandalen und Umbrüchen punkten „langweilige“ Charaktere, denen die Wähler unterstellen, dass sie nicht von Ehrgeiz, Eitelkeit und Showbedürfnis getrieben werden, sondern einfach nur solide, verlässliche Arbeit machen. Auch die Kärntner Wähler entschieden sich ja für einen trockenen Kandidaten mit Bankbeamten-Charme.

Ein Blick auf die Wahlmotive der ÖVP-Wähler zeigt, dass die Strategie aufging. Nach „Stammwähler/vertritt meine Interessen“, das auch im ÖVP-Lager das Top-Wahlmotiv war, entschieden sich Haslauer-Wähler vor allem deshalb für seine Partei, weil sie als

„Wirtschaftspartei“ wahrgenommen wird. Motiv Nummer drei lautete Finanzskandal⁸. Der Partei wurde also vor dem Hintergrund der Finanzverluste zugetraut, das Land mit Wirtschaftskompetenz wieder in die richtigen Bahnen zu lenken. Lediglich gegen Ende des Wahlkampfes, als immer mehr Verbindungen von ÖVP-Politikern zum Skandal auftauchten, hatte man den Eindruck, die Partei führe einen Wettlauf gegen die Zeit und wäre womöglich immer stärker von der Rolle der Retterin in die Position der Mitschuldigen gerutscht. Der Wahltag war dann aber doch noch rechtzeitig, das Endergebnis gemischt: Die ÖVP büßte Vertrauen und Stimmen ein, aber deutlich weniger als die SPÖ.

Die Grünen setzten im Wahlkampf neben dem Thema Energiewende vorrangig auf den Finanzskandal und auf dessen Aufklärung. Durch die Leitung des U-Ausschusses durch Spitzenkandidatin Rössler bekam die Partei mediale Gratis-Aufmerksamkeit. Und auch die Kampagne setzte mit dem Slogan „Mehr Grün. Mehr Kontrolle.“ auf das Thema auf, und das durchaus mit Humor. So war auf einem Plakat ein auf dem Rücken liegender Marienkäfer (farblich bekanntermaßen rot-schwarz) zu sehen, Titel: „Rot-Schwarz: Nichts geht mehr.“ Das Betonen einer „sauberen Politik“ ist sicher nicht bei jedem Wahlgang ausreichende Motivation – im Umfeld von Skandalen wurde es dennoch zum wichtigsten Grund für die Wähler, den Grünen ihre Stimme zu geben. Hier liegt ohne Zweifel eine Gefahr für die Zukunft, denn in weniger skandalbewegten Zeiten reicht es den meisten Wählern in der Regel nicht, dass eine Partei einfach nur nicht korrupt oder frei von Filz ist. Man möchte auch ein Thema für die Zukunft angeboten bekommen, mit dem man sich identifizieren kann, und das man umgesetzt haben möchte. Bricht aber wenige Monate vor der Wahl ein größerer Skandal auf – so wie in Salzburg oder auch in Kärnten – punktet die Partei mit dem Thema „saubere Politik“ und kann enttäuschte Wähler anderer Parteien abholen, vorwiegend solche, die auch schon früher Affinitäten zu typischen Grünpositionen aufwiesen.

Auch die FPÖ mit Karl Schnell stellte den Finanzskandal in die Mitte ihrer Kampagne, pikanterweise mit einem alten, nur leicht abgewandelten Jörg-Haider-Slogan, nämlich „Weil er euch nicht belogen hat!“. Daneben wurde eine Reihe klassischer FPÖ-Themen besetzt: Ausländer- bzw. Law & Order-Politik („Weil wir Sicherheit statt falscher Toleranz brauchen!“); ein leistbares Leben für sozial Schwächere („Weil das Leben kein Luxus sein darf!“). Als Zielgruppen wurden insbesondere junge Menschen, Pensionisten und Familien angesprochen. Alles in allem war die Kampagne der Partei stimmig, große Fehler passierten nicht. Dass die Partei dennoch nicht stärker dazugewonnen hat, liegt in erster Linie am Antreten Stronachs. Immerhin 15% der FPÖ-Wähler aus 2009 machten diesmal beim Team Stronach ihr Kreuz⁹.

⁸ Wahltagsbefragung Peter Hajek im Auftrag von ATV:

<http://www.peterhajek.com/media/pdf/Wahltagsbefragung%20Landtagswahl%20Salzburg.pdf>

⁹ SORA Wählerstromanalyse:

<http://www.sora.at/themen/wahlverhalten/wahlanalysen/waehlerstromanalysen/ltw-sbq13.html>

Und schließlich setzte auch das Team Stronach auf den Finanzskandal. „Mit Salzburg spekuliert man nicht!“, war auf den Plakaten zu lesen. Auch Frank Stronach war zur Unterstützung der Kampagne mit auf den Plakaten. Legt die Partei nicht eine so klägliche Performance wie in Tirol hin, wo wochenlang darüber gestritten wurde, welche der drei Stronach-Listen denn nun antreten darf, kann das Team Stronach derzeit eigentlich nicht viel falsch machen. Die Spitzenkandidaten in den Ländern sind dabei relativ unerheblich. Die Erfolge der Partei speisen sich einerseits aus enttäuschten, politikverdrossenen Wählern, die Frank Stronach als Heilbringer sehen, mit dem eine neue Art von Politik mit Hausverstand und Ehrlichkeit möglich ist, andererseits aus der Person Stronachs, der als „Einer von uns, der es geschafft hat“ gesehen wird, und dem man in seiner Rolle als „erfolgreicher Unternehmer“ auch gerne ein ins Trudeln geratenes Bundesland zur Sanierung in die Hände legt. So waren auch die Top 3-Wahlmotive der Partei „Wirtschaftspartei/versteht etwas von der Wirtschaft“, „etwas Neues/Veränderung/ frischer Wind“ und „aus Protest/von anderen Parteien enttäuscht“¹⁰.

¹⁰ Wahltagsbefragung Peter Hajek im Auftrag von ATV:
<http://www.peterhajek.com/media/pdf/Wahltagsbefragung%20Landtagswahl%20Salzburg.pdf>

Politische Szenarien

Künftig wird Salzburg also von drei Parteien regiert. Wieviel Unsicherheit ein solches für alle ungewohntes Experiment auslöst, zeigt schon der Koalitionsakt, der den Spielregeln des Zusammenlebens nicht weniger als sieben Seiten widmet. Mit ausgeklügelten Bestimmungen wird dabei die Quadratur des Kreises versucht, nämlich ein „Drüberfahren“ von zwei Partnern über den jeweils dritten zu verhindern und trotzdem jegliche Blockade von vornherein zu vermeiden. Heraus kamen Regeln für koalitionsfreie Räume, die in der Praxis kaum anwendbar sein dürften, ein Regierungsausschuss „zur Beilegung von Meinungsverschiedenheiten“, Mitspracherechte bei Personalbestellungen in den Ressorts der jeweils anderen. Wichtige Personalentscheidungen, wie etwa die Bestellung von Geschäftsführern in Landesgesellschaften, sind überhaupt dem Kollegium der Landesregierung vorbehalten.

Dass im Arbeitsprogramm einer Regierung das Stimmverhalten der Landtagsabgeordneten vereinbart wird („Die Koalitionsparteien gehen davon aus, dass ihre Abgeordneten ihr Stimmverhalten im Sinne dieser Vereinbarung gleichlautend ausüben“), irritiert wohl ohnehin nur Puristen der Gewaltenteilung. Im Landtag wird ein Ausschuss eingerichtet, in dem die Klubobleute von ÖVP, Grünen und Team Stronach ihre Anträge und Abstimmungen vorab koordinieren.

Manches mutet kurios an: Wenn Landeshauptmann Wilfried Haslauer bei Anlässen, wo es das Land zu repräsentieren gilt, einmal verhindert sein sollte, dann darf er nicht automatisch seinen Parteifreund Christian Stöckl als Stellvertreter schicken, sondern muss diese Aufgabe zuerst an die Grüne Vize-Landeshauptfrau Astrid Rössler weiterreichen. Auch die Wahl der Landtagspräsidentin und die Bestellung der Bundesräte (die Kandidaten jeder Regierungspartei müssen von den anderen beiden akzeptiert werden) wurden bereits im Arbeitsprogramm genau geregelt.

Wie schon nach den Wahlen in Kärnten und in Tirol zeigte sich auch in Salzburg, dass die Grünen neben dem schon im Namen und in der Gründungsgeschichte verwurzelten Thema „Umweltschutz“ eine zweite Kernkompetenz aufgebaut haben, nämlich „Sauberkeit“. Das Issue lässt sich mit Begriffen eingrenzen wie „skandalfreies Handeln“, „frei von Korruption und Filz“, „Transparenz und Kontrolle“, „Partizipation und Mitbestimmung der Bürger“.

In Kärnten und Salzburg waren angesichts von akuten Skandalen, die das Land an den Rand des Bankrotts führten oder zu führen drohten, diese Themen massiv in den Vordergrund gerückt. In Tirol handelte es sich eher um ein Unbehagen, das aus dem Gefühl entsprang, dass mächtige Cliquen das Land regieren und wichtige Entscheidungen unter Ausschluss der Öffentlichkeit fallen, unnachvollziehbar und unkontrollierbar für die einfachen Bürgerinnen und Bürger.

Die auffällige Serie von Wahlerfolgen der Grünen ist also zu einem großen Teil dem aktuellen Umfeld an nicht bewältigten Skandalen geschuldet. Dennoch wäre es falsch, daraus zu schließen, dass der Ruf nach Sauberkeit wieder in den Hintergrund rückt, sobald die aktuellen

Fälle aufgearbeitet sind. Im Gegenteil spricht vieles dafür, dass es sich hier um einen längerfristigen Trend handelt, der sich wohl am besten mit den englischen Begriffen „Compliance“ und „Governance“ zusammenfassen lassen. Die Wählerinnen und Wähler werden in Zukunft stärker als bisher auf die Einhaltung klarer Spielregeln achten.

Ob dieser Trend bereits bei den Nationalratswahlen im kommenden Herbst schlagend wird, und ob er sich auch hier zugunsten der Grünen auswirkt, lässt sich noch schwer abschätzen. Zwar arbeiten auch auf Bundesebene die Gerichte an der Aufarbeitung diverser Affären, doch liegen diese weit zurück, die politische Verantwortung würde selbst bei Verurteilungen vor der Wahl vorwiegend Ex-Politiker treffen.

Das stärkste Issue bei den Wahlen im September wird voraussichtlich nicht die Wut über Skandale, sondern die mangelnde Zufriedenheit über die Performance in der abgelaufenen Legislaturperiode sein – Umfragen ergeben Unzufriedenheits-Werte bis zu 77%, ein sehr hoher Prozentsatz, auch wenn man berücksichtigt, dass Fragen nach der Leistung von Politikern fast immer schlechte Noten ergeben. Allgemeine Unzufriedenheit führt in der Regel zu niedriger Wahlbeteiligung und Gewinnen bei den Populisten und Protestparteien, während große Stimmverschiebungen eher typisch für Wahlen sind, die von einem stark emotionalisierenden Konfliktthema beherrscht werden.

Um diese Stimmung für sich zu nutzen, müssen die Grünen also vor allem überzeugen können, dass sie die Wurzel der Unzufriedenheit bekämpfen können, dass sich also an der politischen Lage Grundsätzliches ändern würde, wenn sie in die Bundesregierung geschickt werden. Die Performance in den Bundesländern kann dabei grundsätzlich hilfreich sein, allerdings ist die Zeit bis zum September zu kurz, um tatsächlich bereits überzeugende Ergebnisse vorweisen zu können. Dennoch: Es gibt nun vier Bundesländer (fünf, wenn man den Sonderfall Kärnten mit seiner breiten Sanierungs-Koalition mitrechnet), in denen die Grünen mitregieren, und zwar nicht als Folge von Proporz, sondern als Ergebnis bewusster Regierungspartnerschaften: Dreimal Schwarz-Grün, nämlich in Tirol, Salzburg und Oberösterreich, einmal Rot-Grün in Wien. Überall dort können die jeweiligen Landeschefs beweisen, dass in einem Land mit Grünen- Beteiligung anders regiert wird.

Diesen Beweis fordern zuallererst natürlich die eigenen Funktionäre und Stammwähler ein. Es gibt aber auch ein strategisches Interesse der jeweiligen Koalitionspartner auf Bundesebene. Sowohl SPÖ als auch ÖVP benötigen dringend Alternativen zur Großen Koalition. Seit 1990 besteht eines der zentralen Probleme der österreichischen Innenpolitik in der Tatsache, dass bei jeder Wahl, wie immer sie ausging, nur zwei allgemein ungeliebte Koalitionsvarianten möglich waren, nämlich Rot-Schwarz oder Schwarz-Blau (die Ausnahme 2002, wo Schwarz-Grün möglich gewesen wäre, aber nicht zustande kam, kann getrost unberücksichtigt bleiben). Diese Grundkonstellation verhinderte jede Art von positivem Wechsel und wurde so zur Hauptursache für den schon so lange dauernden politischen Stillstand. Mit der Aufsplitterung der Parteienlandschaft und der ständig zunehmenden Volatilität des Stimmverhaltens könnten auch andere Konstellationen möglich oder sogar notwendig werden – etwa eine der von allen so ungeliebten Dreierkoalitionen. Die Grünen werden in solchen Situationen für jeden

künftigen Wahlsieger wichtige Verhandlungspartner sein, da kann es nicht schaden, wenn Grüne Länderinteressen die Verhandlungsbereitschaft der Bundespartei günstig beeinflussen. Auch die Botschaft: „Seht her, Rot-Grün bzw. Schwarz-Grün funktioniert“ wird dann gebraucht werden.

Ergebnisse für den Standort und Empfehlungen für Unternehmen

Wie schon weiter oben ausgeführt, sind die Issues „Compliance“ und „Governance“ zwei große langfristige Trends in der österreichischen Politik (nicht nur hier, aber der Nachholbedarf ist in Österreich besonders groß). Dazu gehört zum einen das Pochen auf das Einhalten korrekter Spielregeln, zum anderen die Forderung nach Ergebnisverantwortung: Die Bürgerinnen und Bürger verlangen, dass Politik sauber gemacht wird, und dass sie die offenen Probleme löst.

Beide Entwicklungen haben unmittelbare Auswirkungen auf die Interessensvertretung von Unternehmen. Augenzwinkernder Umgang mit „Eigentlich sollte man“-Bestimmungen wird immer weniger toleriert werden, ebenso jede Art von Winkelzügen, mit denen gesetzliche Bestimmungen irgendwie gerade noch eingehalten werden. Einiges spricht dafür, dass ein falsches Verständnis von Interessensvertretung sogar einer der Auslöser für den sich anbahnenden Paradigmenwechsel war – Stichwort „Lobbying-Skandale“, Stichwort „Parteienfinanzierung“.

Umgekehrt verspricht die neue Regierung bereits im Koalitionsübereinkommen ein Ausmaß an Transparenz und Offenheit, wie es auf Landesebene bisher unbekannt war. An die Stelle der (oft genug freihändig überinterpretierten) Amtsverschwiegenheit soll eine neue Balance aus Datenschutz einerseits, und Auskunftspflichten und Informationsrechten andererseits treten. Ein Projekt namens Open Government Data soll möglich machen, dass Dokumente der Verwaltung und der Regierungsarbeit einfach im Internet abrufbar sind. Nicht zuletzt verspricht die Salzburger Landeskoalition mehr Partizipation für die Bürgerinnen und Bürger sowie einen Ausbau der direkten Demokratie. Schon die Tatsache, dass sich die Regierungsmitglieder vorab einem Hearing stellen, ist ein klares Signal – auch wenn das Hearing eher informativ verstanden wird und sein Ergebnis jedenfalls keinen Einfluss auf die tatsächliche Bestellung der Landesräte hat.

Die Konsequenzen für politische Interessensvertretung von Unternehmen und Organisationen lauten:

- ▶ Interessensvertretung muss sich an die demokratischen Spielregeln halten, wenn sie erfolgreich sein will. Das klingt zunächst wie ein Gemeinplatz, doch war es in der Vergangenheit gerade auf Landesebene durchaus üblich, formal korrekte Vorgangsweisen abzukürzen, indem ein Unternehmen gute Kontakte zu einem Landesrat spielen ließ. Public Affairs nach dem Motto „Ich weiß schon, wen ich anrufen muss“ wird auch in Salzburg schon bald der Vergangenheit angehören.
- ▶ Das Gleiche gilt analog für den Stil des Auftretens. Machtdemonstrationen oder überzogenes Selbstbewusstsein von Firmenvertretern gegenüber Beamten oder Landespolitikern mögen früher einmal Eindruck gemacht haben, doch in Zeiten eines rasant erwachenden Bürger-Selbstbewusstseins wirken sie zunehmend deplatziert.
- ▶ Umgekehrt können Interessenvertreter die Regierung beim Wort nehmen, was das Versprechen von mehr Transparenz betrifft: Leichter Zugang zu Dokumenten sollte das

Monitoring von politischen Prozessen erleichtern – dieses wiederum ist die unabdingbare Voraussetzung, um den richtigen Zeitpunkt für das Einbringen von Interessen identifizieren zu können.

Wie schon in Tirol wurden auch in Salzburg mehrere potenzielle Konfliktthemen im Umweltbereich entschärft, indem sämtliche Koalitionspartner eher vage Bekenntnisse zu Nachhaltigkeit einerseits und den Wirtschaftsstandort andererseits abgaben, das eigentliche Thema aber an Sachexperten delegiert wurde: In Tirol wird etwa die Entscheidung über ein Kraftwerk Kaunertal erst nach dem Abschluss einer (natürlich besonders strengen) Umweltverträglichkeitsprüfung fallen. In Salzburg sollen sowohl die heftig bekämpfte 380kV-Starkstromleitung als auch die Tauerngasleitung noch einmal evaluiert und auf ihre volkswirtschaftliche Notwendigkeit hin überprüft werden.

Interessenvertreter können daraus die Lehre ziehen:

- ▶ Auch von Grünen Regierenden kann prinzipiell die Zustimmung zu ökologisch heiklen Projekten erwirkt werden, allerdings unter deutlich höheren Anforderungen an die Projektdokumentation. Nützlichkeit und Notwendigkeit eines Projektes müssen sehr umfassend nachgewiesen werden.
- ▶ Ebenso empfiehlt sich ein frühzeitiges Management des lokalen politischen und gesellschaftlichen Umfelds. Es wird kaum noch möglich sein, flapsigen Umgang mit Bürgerinitiativen oder mangelnde Kontakte mit örtlichen Gemeindevertretern durch ein Machtwort aus der Landesregierung zu kompensieren.

Die Autoren



Mag. Alexandra Siegl, MSc

ist Consultant bei Peter Hajek Public Opinion Strategies. Die Meinungsforscherin ist spezialisiert auf die Schwerpunkte Demoskopie, politisches Marketing und Microtargeting. Alexandra Siegl studierte Betriebswirtschaft an der Wirtschaftsuniversität Wien und politische Kommunikation an der Donauuniversität Krems.



Dr. Peter Hajek

ist geschäftsführender Gesellschafter der Peter Hajek Public Opinion Strategies. Der Meinungsforscher und Politologe verfügt über internationale Erfahrung als Berater in Österreich, Deutschland und bei den UN in New York. Seine Arbeitsschwerpunkte sind Markt- und Meinungsforschung und Strategieberatung. Er hat Lehraufträge an der Uni Wien, an der Uni Klagenfurt und der Donauuniversität Krems.



Walter Osztovcics

ist Politikberater und Partner von Kovar & Köppl. Er verfügt über langjährige Erfahrung als Politikjournalist, war Redakteur der deutschen Wirtschaftswoche und in Österreich bei Format, Kurier und der Wochenpresse.



Andreas Kovar

ist Partner von Kovar & Köppl und seit dreizehn Jahren als Public Affairs-Berater für europäische und internationale Unternehmen tätig. Seine profunden Kenntnisse der Politik sammelte er als politischer Berater im österreichischen Nationalrat und im Europäischen Parlament.